S 25 R 470/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 2

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 25 R 470/17 Datum 02.12.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 R 38/20 Datum 28.07.2022

3. Instanz

Datum 14.10.2022

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Aachen vom 02.12.2019 wird zurückgewiesen.

Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Gründe:

Die Beteiligten streiten darļber, ob der KlĤgerin eine unbefristete Rente wegen voller Erwerbsminderung anstelle der ihr gewĤhrten Rente auf Zeit zusteht.

Die am 00.00.1973 in der Türkei geborene Klägerin war nach einer Ausbildung zur Näherin bis 1998 in der Bekleidungsindustrie tätig. Von 1998 bis 2014 übte die Klägerin dann verschiedene geringfügige Beschäftigungen als Reinigungskraft, Packerin etc. aus. Sie wird seit 2007 in der Psychiatrischen Institutsambulanz des R Krankenhauses N wegen einer paranoiden Schizophrenie

aus dem schizophrenen Formenkreis ambulant behandelt. Wegen dieser Erkrankung gewĤhrte die Beklagte der KlĤgerin mit Bescheid vom 26.06.2009 für den Zeitraum 01.04.2009 bis 30.06.2011 eine befristete Rente wegen voller Erwerbsminderung. Die Beklagte ging dabei davon aus, dass das LeistungsvermĶgen der KlĤgerin unter drei Stunden tĤglich gesunken, eine Besserung des Gesundheitszustandes aber nicht unwahrscheinlich sei. Mit Bescheiden vom 20.05.2011 und vom 24.05.2013 wurde die Rente auf Zeit bis zum 30.06.2015 weiter gewĤhrt. In beiden Rentenbescheiden führte die Beklagte aus, dass die Rente auf Zeit gewährt werde, weil sie nicht ausschlieÃ∏lich auf dem Gesundheitszustand der Klägerin, sondern auch auf den Verhägltnissen des Arbeitsmarktes beruhe. Am 20.02.2014 beantragte die Kläzgerin die ̸berprüfung des Bescheids vom 26.06.2009 und teilte mit, dass sie eine Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Dauer begehre. Der ̸berprüfungsantrag wurde mit Bescheid vom 15.04.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 23.09.2014 abgelehnt. Im anschlieà enden Klageverfahren vor dem Sozialgericht Aachen (Az. S 23 R 631/14) einigten sich die Beteiligten auf eine befristete WeitergewÄxhrung der Rente bis zum 30.06.2017 (Bescheid vom 02.07.2015). Hintergrund dieser Entscheidung war eine von Dr. S fýr die Beklagte erstellte ärztliche Stellungnahme vom 07.05.2015, in der diese davon ausgeht, dass bei der Klägerin zwar ein akutes dringend behandlungsbedürftiges Krankheitsbild vorliege, eine dauerhafte Leistungsminderung aber ebenso wenig angenommen werden k\tilde{A}\tilde{I}nne wie ein Absinken des beruflichen Leistungsverm\tilde{A}\tilde{I}gens auf unter drei Stunden täglich.

Am 10.02.2017 beantragte die Klägerin die erneute Weitergewährung der Rente und teilte mit, dass sie nunmehr eine unbefristete Rente wegen voller Erwerbsminderung begehre. Die Beklagte zog verschiedene ärztliche Unterlagen, unter anderem einen erneuten Befundbericht der Ã∏rztin für Neurologie und Psychiatrie Dr. G aus dem R Krankenhaus N, bei. Sie gewährte der Klägerin mit Bescheid vom 18.04.2017 erneut eine Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Zeit bis zum 30.06.2020. Sie ging dabei weiterhin davon aus, dass das Leistungsvermögen der Klägerin bei drei bis unter sechs Stunden täglich liege und die Rente wegen der Arbeitsmarktlage als Vollrente zu gewähren sei. Den hiergegen am 22.05.2017 eingelegten Widerspruch der Klägerin wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 13.07.2017 zurück. Zur Begründung führte sie aus, die Voraussetzungen für die Gewährung einer unbefristeten Rente seien nicht erfÃ⅓llt. Bei der Klägerin bestehe nach den medizinischen Feststellungen noch ein Leistungsvermögen von drei bis sechs Stunden täglich.

Die Klägerin hat daraufhin am 15.08.2017 Klage vor dem Sozialgericht (SG) Aachen erhoben. Zur Begründung hat sie geltend gemacht, dass ihr Leistungsvermögen bei unter drei Stunden täglich liege und eine Besserung ihres Gesundheitszustandes unwahrscheinlich sei. Ihr stehe eine Dauerrente zu.

Die KlAxgerin hat beantragt,

den Bescheid vom 18.04.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.07.2017 zu Äxndern und die Beklagte zu verurteilen, ihr ab dem 01.07.2017 eine

Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Dauer nach Maà gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewÃxhren.

Die Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie hat geltend gemacht, dass die im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren vorgenommene Leistungsbeurteilung zutreffend sei.

Das SG hat Befundberichte der behandelnden ̸rzte der Klägerin, insbesondere einen Bericht des R Krankenhauses N, in dem sich die KlĤgerin vom 30.11.2017 bis zum 06.02.2018 in stationÄxrer Behandlung befunden hat, eingeholt. In diesem Bericht wurde mitgeteilt, dass die KlĤgerin unter einer chronisch verlaufenden paranoiden Schizophrenie leide und wegen dieser Erkrankung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weniger als drei Stunden tÄxglich einsetzbar sei. Eine Wiederherstellung der Erwerbsfäghigkeit sei unwahrscheinlich. Das SG hat daraufhin Beweis erhoben und ein neurologisch-psychiatrisches Sachverständigengutachten von Dr. U nach § 106 Sozialgerichtsgesetz (SGG) eingeholt. In seinem Gutachten vom 03.09.2018 hat der SachverstĤndige auf psychiatrischem Fachgebiet die Diagnose einer paranoiden Schizophrenie (unter Medikation teilremittiert) gestellt. Aufgrund dieser Erkrankung seien der KlĤgerin aktuell nur TÃxtigkeiten von unter drei Stunden tÃxglich zumutbar. Aufgrund der seit Ende 2017 verabreichten Medikation habe sich das Krankheitsbild der KlĤgerin gebessert. Weitere Verbesserungen seien durch eine ergĤnzende psychotherapeutische Behandlung zu erwarten. Ob hierdurch eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden kA¶nne, solle bei einer Arbeitserprobung unter geschļtzten Bedingungen geprüft werden. Im Anschluss daran hat das SG auf Antrag der Klägerin ein weiteres Sachverständigengutachten nach § 109 SGG von dem sie behandelnden Facharzt für Allgemeinmedizin und Innere Medizin Dr. D eingeholt. Dieser gelangt in seinem Gutachten vom 22.05.2019 zu der Beurteilung, dass die KlĤgerin nicht mehr dazu in der Lage sei, einer regelmäÃ∏igen Tätigkeit von drei Stunden täglich nachzugehen. Die LeistungseinbuÃ∏e sei dauerhafter Natur. Sämtliche Behandlungsversuche und Heilma̸nahmen, die er als behandelnder Hausarzt über einen Zeitraum von 20 Jahren begleitet habe, seien ohne Erfolg geblieben. Wegen ihrer paranoiden Schizophrenie könne die Klägerin auch FuÃ∏strecke von 4 x 500 m nicht zurÄ¹/₄cklegen.

Die Beklagte hat zu diesem Gutachten eine Ĥrztliche Stellungnahme der Ä□rztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie Dr. K vom 30.09.2019 vorgelegt, die die Feststellungen des SachverstĤndigen nicht für zutreffend hält und weiterhin davon ausgeht, dass bei der Klägerin ein Leistungsvermögen von drei- bis sechs Stunden arbeitstäglich bestehe und sich bei weiterhin möglichen medikamentösen und psychiatrischen BehandlungsmaÃ□nahmen keine dauerhafte Leistungsminderung begründen lasse. Die Klägerin hat hierzu eine ergänzende Stellungnahme von Dr. D vom 13.11.2019 vorgelegt, der unter anderem darauf verweist, dass bei der Klägerin bereits alle möglichen

Behandlungsmaà nahmen erfolglos durchgefà ¼ hrt worden seien.

Mit Urteil vom 02.12.2019 hat das SG die Klage abgewiesen. Ein Anspruch der KIägerin auf die begehrte Rente wegen Erwerbsminderung auf Dauer bestehe nicht. Dies folge aus <u>§ 102 Abs. 2 S. 1</u> Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI), wonach Renten wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit auf Zeit geleistet werden. Etwas anderes gelte nach Satz 5 der Vorschrift fýr Renten, auf die ein Anspruch unabhängig von der Arbeitsmarktlage bestehe und bei denen unwahrscheinlich sei, dass die Minderung der ErwerbsfÄxhigkeit behoben werden kĶnne. Davon sei nach einer Gesamtdauer der Befristung von neun Jahren auszugehen. Vorliegend sei die Befristung der Rente wegen Erwerbsminderung nach den bestandskrĤftigen Bescheiden vom 20.05.2011, 24.05.2013 und 02.07.2015 darin begründet, dass es sich um eine sogenannte Arbeitsmarktrente handelte. Eine Gesamtdauer der Befristung einer Rente wegen Erwerbsminderung unabhĤngig von der Arbeitsmarktlage, die die Dauer von neun Jahren übersteige, liege daher nicht vor. Es sei auch nicht unwahrscheinlich, dass die Minderung der ErwerbsfĤhigkeit behoben werden kĶnne. Solange therapeutische BehandlungsmĶglichkeiten noch nicht ausgeschä¶pft seien und anerkannte Behandlungsmethoden zur Verfä¼gung stünden, könne eine Dauerrente nicht gewährt werden (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 29.03.2006, Az. BÂ 13Â RJÂ 31/05Â R). Dies sei hier der Fall. Nach den Feststellungen des SachverstAxndigen Dr. U bestehe unter Durchführung einer ergänzenden psychotherapeutischen Behandlung die Aussicht, das aufgehobene LeistungsvermĶgen zumindest teilweise wiederherzustellen und zu verbessern. Diese sozialmedizinische Beurteilung sei aus Sicht der Kammer Ã¼berzeugend. Dr. U stelle ausführlich die EinschÄxtzung nachvollziehbar und unter Verweis auf die Befundberichte, die bereits eingetretene Teilremission der psychiatrischen Erkrankungen bei VerĤnderung bzw. konsequenter Einnahme der Medikation. Er erlĤutere den Verlauf der Erkrankung der KlĤgerin insbesondere ab Juli 2017 vor deren familiÃxrem Hintergrund, wobei er eine ausführliche Familienanamnese, Tagesablaufschilderung und fremdanamnestische Angaben des Ehemanns der Klägerin zu Grunde lege. Die dargestellte Remission der psychiatrischen Erkrankung der KlĤgerin stelle Dr. U nachvollziehbar vor den biographischen und familiĤren Entwicklungen der KlĤgerin, insbesondere vor dem Bestreben, ihre Ehe, die auf Grund der Verschlechterung der Erkrankung und einem vorübergehenden Auszug aus der ehelichen Wohnung gefährdet erschien, zu retten. Dr. U schildere hierzu nachvollziehbar die VerÄxnderungen der KlÄxgerin in ihrem KrankheitsverstĤndnis und ihrer -einsicht. Die sozialmedizinische Beurteilung des nach § 109 SGG beauftragten Sachverständigen Dr. D sei demgegenýber nicht überzeugend. Das Gutachten entspreche in Umfang, Erörterungstiefe und Inhalt nicht den Anforderungen an eine schlüssige, sozialmedizinisch fundierte gutachterliche Stellungnahme. Es enthalte eine Vielzahl gravierender handwerklicher MĤngel. Es fehle bereits eine Darstellung des Akteninhalts. Vielmehr erklĤre der SachverstĤndige, dass er alle Akten und die medizinischen Unterlagen, die ihm als Hausarzt zur Verfļgung standen, zu Grunde gelegt hat. Dies zeige nicht nur, dass es dem SachverstĤndigen misslungen sei, sich aus der Position des Behandlers hin zum objektiven

SachverstĤndigen zu bewegen, sondern auch, dass dem Gutachten offenbar Unterlagen zu Grunde gelegen haben, die den Beteiligten nicht bekannt seien. Unter BerĽcksichtigung des Erfordernisses der Nachvollziehbarkeit sachverstĤndiger Feststellungen sei ein solches Vorgehen für das Gericht und die Beteiligten mangels Transparenz nicht tragbar. Im Ä□brigen lasse das Gutachten eine nachvollziehbare Befunderhebung und Diagnosestellung vĶllig vermissen. Eine Unterscheidung zwischen Beschwerdeschilderung, anamnestischen Angaben, Befunderhebung und Diagnose fehle. Der SachverstĤndige vermische vielmehr im Rahmen der ErĶrterung der GesundheitsstĶrungen die subjektiven Angaben der KlĤgerin und die von ihm getroffenen Ĥrztlichen Feststellungen. Eine strukturierte Befundung, Tagesablaufschilderung oder die Darstellung des Beschwerdeverlaufs fehle ebenso wie eine objektivierte Auswertung der Angaben der KlĤgerin. Eine soziobiographische Anamnese werde nicht erhoben, die Ergebnisse einer kĶrperlichen Untersuchung wurden nicht dargestellt. Eine Konsistenzprüfung und kritische Hinterfragung, die Aufgabe eines SachverstĤndigen sei, fehle.

Neben diesen DarstellungsmĤngeln sei im Rahmen der Beweiswļrdigung zu berücksichtigen, dass sich die Klägerin bei diesem Sachverständigen auf Grund ihrer Erkrankungen in regelmäÃ∏iger ambulanter Behandlung befinde. Die Erstattung eines objektiven SachverstĤndigengutachtens auch durch einen behandelnden Arzt halte die Kammer zwar nicht grundsĤtzlich fļr ausgeschlossen, es müsse aber Berücksichtigung finden, dass die Stellung als gerichtlich eingesetzter objektiver SachverstĤndiger mit dem Status des Behandlers in Konflikt geraten kã¶nne. So werde sich ein Arzt, der einen Patienten langjÃxhrig behandele, schon auf Grund des Behandlungsvertrags und des entstandenen NĤheverhĤltnisses schwerlich in die Funktion des objektiven Gehilfen des Gerichts einfinden kA¶nnen (vgl. Hermann Marx, Medizinische Begutachtung, Grundlagen für die Praxis, 1997). Das Gutachten von Dr. D zeige seine mangelnde Objektivität bereits in der Darstellung der Befunde und der Diagnosen, da keine Trennung zwischen Äxrztlichen Feststellungen und Angaben der Kläagerin erfolge. Weiterhin beziehe der Sachverstäandige die familiäaren Hintergründe aus seiner hausärztlichen Betreuung der gesamten Familie der KIägerin ein, ohne konkrete fremdanamnestische Angaben zu erheben und als solche im Gutachten zu kennzeichnen. Die gutachterlichen Feststellungen blieben deshalb intransparent und seien weder für das Gericht noch für die Beteiligten, nachvollziehbar oder prüfbar. Der Eindruck der mangelnden ObjektivitÃxt werde zudem auch dadurch bestĤrkt, dass Dr. D die Leiden der KlĤgerin ļberbewerte. Eine aufgehobene WegefĤhigkeit auf Grund der psychischen Leiden der KlĤgerin sei unschlýssig, weil die behandelnden FachÃxrzte der KlÃxgerin auf dem Gebiet der Psychiatrie entsprechende OrientierungsstĶrungen nicht schildern würden. Ein entsprechender Befund sei auch von Dr. D nicht erhoben worden.

Die Klägerin hat gegen das ihrem Prozessbevollmächtigten am 13.12.2019 zugestellte Urteil am 13.01.2020 Berufung eingelegt. Zur Begrýndung macht sie weiterhin geltend, dass sie wegen ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen und chronischen Beschwerden nicht mehr zu einer Erwerbstätigkeit in der Lage sei. Die Klägerin hat hierzu ergänzend ein ärztliches Attest ihres behandelnden Hausarztes Dr. D vom 28.02.2020 vorgelegt, der bescheinigt, dass der Klägerin

aufgrund der Schmerzen und des Konzentrationsmangels auch leichte TÄxtigkeiten nicht mehr zumutbar seien.

Die KlĤgerin beantragt schriftsĤtzlich sinngemĤÄ□,

das Urteil des Sozialgerichts Aachen vom 02.12.2020 abzuändern und die Beklagte unter Abänderung des Bescheides vom 18.04.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.07.2017 zu verurteilen, ihr ab dem 01.07.2017 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Dauer nach MaÃ□gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren.

Die Beklagte beantragt schriftsAxtzlich,

die Berufung zurļckzuweisen.

Zur Begründung legt sie eine ärztliche Stellungnahme der Ã \Box rztin für Kinderund Jugendpsychiatrie und Psychotherapie Dr. K vom 04.03.2020 vor. Danach sind bei der KlÃ \Box gerin noch medikamentöse und psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten gegeben, die eine zeitliche Leistungsminderung auf Dauer nicht medizinisch begründet erscheinen lieÃ \Box en.

Auf den parallel gestellten Weiterbewilligungsantrag hat die Beklagte der KlĤgerin mit Bescheid vom 09.06.2020 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Zeit bis zum 23.06.2023 gewĤhrt. Die Rente sei weiterhin zu befristen, weil sie nicht nur auf dem Gesundheitszustand der KlĤgerin, sondern auch auf den VerhĤltnissen des Arbeitsmarktes beruhe.

Zur AufklĤrung des medizinischen Sachverhalts hat das Landessozialgericht zunächst Befundberichte der behandelnden Ã∏rzte der Klägerin eingeholt und im Anschluss daran ein SachverstĤndigengutachten nach <u>§ 106 SGG</u> veranlasst, in dem die SachverstĤndige Dr.A G, FachA¤rztin fA¼r Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, aufgrund einer ambulanten Untersuchung der KlĤgerin insbesondere dazu Stellung nehmen sollte, in welchem zeitlichen Umfang die Klägerin noch Tätigkeiten verrichten könne, ob bei einem Leistungsvermögen von unter drei Stunden tĤglich noch eine Besserungsaussicht gegeben sei und seit wann das festgestellte LeistungsvermĶgen bestehe. Die SachverstĤndige hat mitgeteilt, dass sie zur Beantwortung der Beweisfragen ein neuropsychologisches Zusatzgutachten für erforderlich halte. Der Senat hat daraufhin die Beweisanordnung dahingehend ergĤnzt, dass auch ein neuropsychologisches Zusatzgutachten von Dr. T eingeholt werden solle. Einen für den 29.09.2021 angesetzten Begutachtungstermin hat die KlĤgerin krankheitsbedingt nicht wahrgenommen. Ein neuer Termin wurde daraufhin für den 24.11.2021 vereinbart. Auch diesen Termin hat die KlĤgerin krankheitsbedingt abgesagt. Es wurde daraufhin ein weiterer Termin fA1/4r den 05.01.2022 anberaumt, den die Klägerin unentschuldigt nicht wahrgenommen hat.

Mit Richterbrief vom 13.01.2022 hat die Berichterstatterin die Klägerin darauf hingewiesen, dass das Gericht zur Aufklärung des medizinischen Sachverhalts auf

die Mitwirkung der KlĤgerin angewiesen sei. Im Rahmen ihrer Mitwirkungslast sei diese gehalten, sich auch Äxrztlich untersuchen zu lassen, wenn dies zur AufklĤrung des Sachverhalts À erforderlich sei. Sofern die KlĤgerin dieser Mitwirkungspflicht nicht nachkomme und der Sachverhalt deshalb nicht weiter aufgeklÃxrt werden könne, gehe dies zu ihren Lasten. Die KlÃxgerin ist um eine verbindliche Zusage dazu gebeten worden, dass sie den nĤchsten Untersuchungstermin wahrnehmen werde. Eine Stellungnahme der KlĤgerin ist hierzu trotz Erinnerung nicht erfolgt. Die Berichterstatterin hat daraufhin am 02.05.2022 einen ErĶrterungstermin anberaumt. Zu diesem Termin ist die ordnungsgemäÃ∏ geladene Klägerin nicht erschienen. Sie ist in dem Sitzungsprotokoll erneut auf ihre Mitwirkungspflichten und die Beweislast hingewiesen worden. Auch hierzu hat die KlĤgerin keine Stellungnahme abgegeben und ihr Nichterscheinen im Termin auch nicht entschuldigt. Die Beweisanordnung ist daraufhin aufgehoben worden. Die Beteiligten sind mit Schreiben vom 30.05.2022 zu einer beabsichtigten Entscheidung durch Beschluss nach <u>§ 153 Abs. 4 SGG</u> angehört worden. Das Schreiben ist ihnen am 01.06.2022 bzw. am 03.06.2022 zugestellt worden. Die KlAzgerin hat hierzu mitgeteilt, dass sie weiterhin eine unbefristete Rente oder die Verlägingerung ihrer befristeten Rente begehre.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Verwaltungsakte. Die Akten haben vorgelegen und waren Gegenstand der Beratung.

II.

Der Senat konnte die Berufung gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{A} = 1.53$ durch Beschluss zur $\tilde{A} = 1.53$ durc

Die zulĤssige Berufung der Klägerin ist unbegründet. Die Klägerin ist durch die angefochtenen Bescheide nicht beschwert im Sinne von <u>§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG</u>. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen, denn der Bescheid vom 18.04.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.07.2017 ist rechtmäÃ∏ig. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Gewährung einer unbefristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung. Die Beklagte hat die ihr mit dem angefochtenen Bescheid gewährte Rente wegen voller Erwerbsminderung zu Recht befristet.

GemäÃ□ § 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie (1.) voll erwerbsgemindert sind, (2.) in den letzten fù¼nf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge fù¼r eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und (3.) die allgemeine Wartezeit erfù¼llt haben. Voll erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ□erstande sind, unter den ù¼blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein (§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI).

Diese Voraussetzungen få¼r die GewĤhrung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung liegen über Juli 2017 hinaus vor. Die Klägerin erfüllt die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen des § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 und ist auch voll erwerbsgemindert. Dies ist zwischen den Beteiligten auch nicht streitig. Nach den Feststellungen des im erstinstanzlichen Verfahren beauftragten Sachverständigen Dr. U liegt eine volle Erwerbsminderung nach <u>§ 43 Abs. 2 Satz</u> 2 SGB VI vor. Die KIÄxgerin ist danach wegen einer paranoiden Schizophrenie seit Juli 2017 nicht dazu in der Lage, TÄxtigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verrichten. Ihr Leistungsvermäßgen liegt bei unter drei Stunden täxglich. Die Beklagte geht demgegenüber davon aus, dass bei der Klägerin zwar noch ein LeistungsvermĶgen für Tätigkeiten von drei bis sechs Stunden täglich bestehe, ihr aber auch mit diesem RestleistungsvermĶgen wegen der Verschlossenheit des Teilzeitarbeitsmarktes unter Fortfļhrung der Rechtsprechung des BSG (BSG, Gro̸er Senat, Beschluss vom 10.12.1976 â∏∏ GS 2/75, GS 3/75, GS 4/75, GS 3/76) eine Rente wegen voller Erwerbsminderung zustehe.

Streitig ist hier allein, ob die Beklagte dazu berechtigt war, der KlĤgerin erneut eine befristete Rente zu gewĤhren. Nach <u>§ 102 Abs. 2 SGB VI</u> sind Renten wegen Erwerbsminderung grundsÄxtzlich auf Zeit zu leisten. Abweichend von diesem Grundsatz werden diese Renten nach § 102 Abs. 2 Satz 5Â SGB VI auf Dauer geleistet, wenn der Rentenanspruch unabhÄxngig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht und unwahrscheinlich ist, dass die Erwerbsminderung behoben werden kann; hiervon ist nach einer Gesamtdauer der Befristung von neun Jahren auszugehen. Diese Gesamtdauer der Befristung wird hier zwar erreicht, Grundlage der zuletzt erfolgten Befristungen bis zum 30.06.2017 war aber nicht allein der Gesundheitszustand der KlĤgerin. Die Befristung beruhte vielmehr, wie sich aus der Äxrztlichen Stellungnahme von Dr. S vom 07.05.2015 ergibt, auch auf der Verschlossenheit des Teilzeitarbeitsmarktes. Der Rentenanspruch ist deshalb nicht unabhĤngig von der Arbeitsmarktlage wegen der MĶglichkeit einer Besserung des Gesundheitszustandes befristet worden, so dass die Vermutung des § 102 Abs. 2 Satz 5 2. HS SGB VI im Rahmen der WeitergewĤhrung nicht greift. Es ist vielmehr weiterhin zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 102 Abs. 2 Satz 5 1. HS SGB VI ausnahmsweise einer Befristung der Rente entgegenstehen.

Einen solchen Ausnahmefall kann der Senat hier nicht feststellen. Er geht unter Berücksichtigung der Ausführungen des Sachverständigen Dr. U davon aus, dass eine Besserung des Leistungsvermögens der Klägerin im Zeitpunkt der Erteilung des Rentenbescheides vom 18.04.2017 nicht unwahrscheinlich war. Die Frage, ob eine entsprechende Besserungsaussicht besteht, ist vom Versicherungsträger bei der Erteilung des Rentenbescheides prognostisch zu beurteilen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, ob unter Berücksichtigung aller vorhandenen therapeutischen Möglichkeiten noch Besserungsaussichten bestehen (vgl. BSG, Urteil vom 29.03.2006 â☐ B 13 RJ 31/05 R, Rn. 14 f. bei juris). Eine Besserung ist nur dann â☐unwahrscheinlichâ☐ im Sinne des § 102 Abs. 2 Satz 4 SGB VI, wenn schwerwiegende medizinische Grþnde gegen eine rentenrechtlich relevante Besserungsaussicht sprechen und alle Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind (vgl. BSG, Urteil vom 29.03.2006

â∏ B 13 RJ 31/05 R, Rn. 21 bei juris). Davon ist nach den Feststellungen des Sachverständigen Dr. U nicht auszugehen. Der Sachverständige hat in seinem Gutachten für den Senat nachvollziehbar dargelegt, dass sich das Krankheitsbild der Klägerin unter der seit Ende 2017 verabreichten Neurolepsie (Aripirazol) deutlich verbessert habe und eine weitere Verbesserung durch eine begleitende Psychotherapie zu erwarten sei. Aus seiner Sicht ist es unter Ausschöpfung der Therapiemöglichkeiten denkbar, das durch die psychiatrische Störung eingeschränkte Leistungsvermögen zumindest teilweise wiederherzustellen. Dr. U hält hierzu einen Arbeitsversuch unter geschützten Bedingungen für angezeigt. Wegen dieser Behandlungsoptionen ist eine dauerhafte quantitative Leistungsminderung nicht nachgewiesen.

Diese EinschĤtzung des SachverstĤndigen ist für den Senat überzeugend. Der abweichenden Beurteilung des nach § 109 SGG beauftragten SachverstĤndigen Dr. D, der in seinem Gutachten davon ausgeht, dass das LeistungsvermĶgen der Klägerin dauerhaft auf unter drei Stunden täglich herabgesunken sei und keine Besserungsaussichten mehr bestehe, folgt er nicht. Auch er geht davon aus, dass dieses Gutachten eine Vielzahl von Darstellungsmängeln aufweist, in sich nicht schlüssig ist und Zweifel an der Objektivität des Sachverständigen bestehen. Der Senat nimmt diesbezüglich Bezug auf die zutreffenden Ausführungen des SG, denen er sich nach eigener Ã∏berprüfung anschlieÃ∏t (vgl. $\frac{2}{2}$ SGG).Â

Eine dauerhafte volle Erwerbsminderung hat die KlAzgerin auch im Berufungsverfahren nicht nachgewiesen. Der Senat hat diesbezüglich zwar eine weitere Sachaufklärung für erforderlich gehalten und die Ã∏rztin für Psychiatrie, Neurologie und Nervenheilkunde Dr. G mit der Erstellung eines weiteren SachverstĤndigengutachtens nach § 106 SGG und den Privatdozenten Dr. T mit der Erstellung eines neupsychologischen Zusatzgutachtens beauftragt. Diese Gutachten konnten aber nicht erstellt werden, weil die KlĤgerin drei Untersuchungstermine bei der SachverstĤndigen, zuletzt auch unentschuldigt, nicht wahrgenommen hat und trotz Hinweises auf ihre Mitwirkungspflichten nicht erklĤrt hat, dass sie zu einem weiteren Begutachtungstermin erscheinen werde. Zu einem ErĶrterungstermin, in dem sie nochmals eindringlich auf ihre Mitwirkungspflichten und die Folgen ihres Verhaltens hingewiesen werden sollte, ist die KlĤgerin unentschuldigt nicht erschienen. Eine weitere AufklĤrung des Sachverhaltes war deshalb nicht mĶglich. Eine Begutachtung nach Aktenlage war hier schon deshalb ausgeschlossen, weil die SachverstĤndige Dr. G ausdrļcklich darauf hingewiesen hat, dass sie zur erschĶpfenden Beantwortung der Beweisfragen ein neuropsychologisches Zusatzgutachten fA1/4r erforderlich halte und für dieses Gutachten eine persönliche Untersuchung der Klägerin zwingend erforderlich ist. Â

Auch in Angelegenheiten der Sozialgerichtsbarkeit gilt der Grundsatz der objektiven Beweislast. Danach trägt derjenige die Folgen der Nichterweislichkeit einer Tatsache, der daraus ein Recht oder einen rechtlichen Vorteil herleiten will (vgl. BSG, Urteil vom 24.10.1957 â∏ 10 RV 945/55, Rn. 19 bei juris). Dieser Grundsatz greift immer dann ein, wenn das Gericht trotz aller Bemühungen bei der

Amtsermittlung den Sachverhalt nicht weiter aufklå¤ren kann. Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligte sind dabei heranzuziehen (§ 103 Satz 1 SGG). Im Rahmen ihrer Mitwirkungspflichten sind sie auch gehalten, sich Ĥrztlich untersuchen zu lassen, soweit ihnen dies zumutbar ist (vgl. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 103 Rn. 14a mwN). Kommen die Beteiligten dieser Verpflichtung nicht nach und kann der medizinische Sachverhalt deshalb nicht weiter aufgeklå¤rt werden, geht dies zu ihren Lasten. Unter Zugrundelegung dieser Maå∏stå¤be hat die Klå¤gerin die Folgen ihres prozessualen Verhaltens zu tragen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Anlass zur Zulassung der Revision durch den Senat nach § 160 SGG besteht nicht.

Â

Erstellt am: 05.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024